

Erklärung zum

Familienzuschlag der Beamten/Richter

Familienzuschlag der Versorgungsempfänger

- im Zusammenhang mit meiner Einstellung in den bremischen Dienst am _____
- im Zusammenhang mit meiner Dienst-/Arbeitsaufnahme nach einer Beurlaubung am _____
- als Änderungsmitteilung während eines bestehenden Dienst-/Arbeits-/Ausbildungsverhältnisses
- als Anlage zum Antrag auf Zahlung
- des Familienzuschlages für Kinder (**§ 35 BremBesG**)
- des **Familienzuschlages** für Versorgungsempfänger (**§ 57 BremBeamtVG**)
- auf Zahlung von Familienzuschlag der Stufe 1 bzw. **Familienzuschlag** der Stufe 2 für ledige bzw. **geschiedene** Beamte
- zur Mitteilung über die Änderung des Familienstandes durch Eheschließung

**An Performa Nord
Geschäftsbereich A**

Eingangsvermerk Performa Nord – A -

Antragsteller/in:		<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/In
		<input type="checkbox"/> Richter/in	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
Familienname	Vorname	Geburtsdatum	Familienstand seit:
Personal-Nummer	Beschäftigungsdienststelle		tagsüber telefonisch erreichbar unter
<input type="checkbox"/> Meine Ehefrau/Mein Ehemann <input type="checkbox"/> Meine frühere Ehefrau/Mein früherer Ehemann <input type="checkbox"/> Die Ehefrau meines früheren Ehemannes/Der Ehemann meiner früheren Ehefrau <input type="checkbox"/> Der andere (leibliche) Elternteil/Der Ehegatte des anderen (leiblichen) Elternteils <input type="checkbox"/> Der andere Kindergeldberechtigte (z. B. Groß- oder Pflegeelternteil) <input type="checkbox"/> Der Ehegatte des/der anderen Kindergeldberechtigten (z. B. Groß- oder Pflegeelternteil) <input type="checkbox"/> Die außer der von mir aufgenommenen Person in derselben Wohnung wohnende Person			
Familienname (ggf. Geburtsname)	Vorname	Geburtsdatum	
Anschrift (ggf. letzte bekannte Adresse angeben)			Familienstand seit:
ist seit dem _____		<input type="checkbox"/> Vollbeschäftigte/r <input type="checkbox"/> Teilzeitbeschäftigte/r _____ Stunden wöchentlich	
<input type="checkbox"/> berufstätig als		<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin/Richter/in/Soldat/in	
<input type="checkbox"/> nicht mehr berufstätig als		<input type="checkbox"/> Arbeitnehmer/in	
<input type="checkbox"/> beurlaubt ohne Dienstbezüge/Vergütung/Lohn usw. bis _____		<input type="checkbox"/> Anwärter/in	
<input type="checkbox"/> nach Beurlaubung ohne Bezüge wieder tätig als		<input type="checkbox"/> Rentenempfänger/in	
<input type="checkbox"/> in geändertem Anstellungsverhältnis tätig als		<input type="checkbox"/> Sonstiges: _____	
<input type="checkbox"/> versorgungsberechtigt nach beamtenrechtlichen Grundsätzen aufgrund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst			
bei:			
<u>Bitte genaue Bezeichnung (keine Abkürzung) und Anschrift des Arbeitgebers/der Zahlstelle</u>			
Dieser Arbeitgeber			
<input type="checkbox"/> wendet ab _____ den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) an			
<input type="checkbox"/> wendet ab _____ den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) an			
<input type="checkbox"/> wendet ab _____			
(bitte genaue Bezeichnung des Tarifvertrages eintragen)			
<input type="checkbox"/> hat Elternzeit aufgrund der Geburt eines Kindes und erhält auch keine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen oder aufgrund einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst			
Beginn	Ende	Geburtsname des Kindes	Geburtstag des Kindes

Rechtsgrundlagen und Erläuterungen sehen Sie bitte auf der Rückseite

bitte wenden

Bitte beachten Sie: Nur vollständig ausgefüllte Erklärungen können bearbeitet werden.

Eine Zweitausfertigung dieser Erklärung sollten Sie zu Ihren Unterlagen nehmen.

Erläuterungen

Öffentlicher Dienst im Sinne von § 35 Absätze 1, 4, 5 und 6 BremBesG ist die Tätigkeit im Dienste des Bundes, eines Landes, einer Kommune oder anderer Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts oder der Verbände von solchen. Dem öffentlichen Dienst steht die Tätigkeit im Dienst einer zwischenstaatlichen oder überstaatlichen Einrichtung gleich, an der eine der in Satz 1 bezeichneten Körperschaften oder einer der dort bezeichneten Verbände durch Zahlung von Beiträgen oder Zuschüssen oder in anderer Weise beteiligt ist. Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen erfüllt sind, trifft die Senatorin für Finanzen.

Eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen

erhält die Ehefrau/der Ehemann, wenn sie/er aufgrund eigener Tätigkeit im öffentlichen Dienst einen Anspruch auf Versorgungsbezüge nach den Vorschriften der Beamtengesetze (BBG, DBG, G 131, Landesbeamtengesetze), des Soldatenversorgungsgesetzes oder des Deutschen Richtergesetzes hat.

Im Übrigen liegt eine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen vor, wenn der Ehefrau/dem Ehemann für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst, insbesondere durch Tarifverträge, Dienstordnung, Statut oder Einzelvertrag eine vom Dienstherrn zu gewährende lebenslängliche Versorgung bei Dienstunfähigkeit oder Erreichen der Altersgrenze und auf Hinterbliebenenversorgung auf der Grundlage des Arbeitsentgelts und der Dauer der Dienstzeit zugesichert war.

Die Versorgungsrente aus der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung ist keine Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen in diesem Sinne.

Ich versichere, dass meine Angaben vollständig und richtig sind.

Ich weiß, dass ich verpflichtet bin, der Performa Nord (über meine Personalstelle) jede Veränderung (z. B. Änderung des Familienstandes, Eintritt in ein Beschäftigungs-/ Ausbildungsverhältnis, Anstellungsverhältnis, Wechsel des Arbeitgebers, Änderung der wöchentlichen Arbeitszeit, Änderung im Beschäftigungsverhältnis [Azubi-/Arbeitnehmer-/Beamtenverhältnis], Beendigung der Elternzeit, Berechtigtenwechsel im Kindergeldbezug), **die auf den Anspruch auf Familienzuschlag Einfluss haben könnte, unverzüglich anzuzeigen.** Die Anzeigepflichtung gilt auch bei Veränderungen im Beschäftigungsverhältnis des anderen Kindergeldberechtigten bzw. Familienzuschlagsberechtigten (z.B. Ehegatte, anderer leiblicher Elternteil, Stiefeltern).

Überzahlungen, die durch Verletzung der Anzeigepflicht oder falsche Angaben eintreten, werde ich zurückzahlen.

Von den vorstehenden Erläuterungen zu den Begriffen „öffentlicher Dienst“ und „Versorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen“ habe ich Kenntnis genommen.

(Ort und Datum)

(Unterschrift)